

RUNDBRIEF

Bündnis 90 / Die Grünen
Ortsverband Ronnenberg

Ausgabe 4/2006



Erweiterter Vorstand will die Ratsfraktion bei ihrer Oppositionsarbeit kräftig unterstützen



Der neue erweiterte Vorstand: v.l. Anne Wetzel, Ronald Schimeck, Verena Kuhn, Jörg Rutzen, Annette Friedrich, Karl (Charly) Schatz-Wanek, Regina Lupp und Hans-Jürgen Pein.

Die Ronnenberger Grünen haben einen neuen erweiterten Vorstand. Als Nachfolger der ehemaligen Vorstandsmitglieder und nun neuen Ratsmitglieder Ruth Wenzel und Andreas Beichler wurden Hans-Jürgen Pein, Jörg Rutzen, Charly Schatz-Wanek und Ronald Schimek gewählt. Bei der Ortsversammlung der Ronnenberger Grünen am 16.11.2006 stellte der neue erweiterte Vorstand die neue Aufgabenverteilung vor. „Ein Schwerpunkt unserer Arbeit wird die Unterstützung unserer Ratsfraktion bei ihrer Oppositionsarbeit sein“, erklärte die neue Vorstandssprecherin Regina Lupp, die bei ihrer Arbeit von Annette Friedrich unterstützt werden wird. Es soll eine enge Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Vorstand geben. Insbesondere Charly Schatz-Wanek (Soziales und Schule), Ronald Schimek (Finanzen) und Hans-Jürgen Pein (Ökologie und Bau) wollen die Fraktion fachlich unterstützen.

Die Kasse wird weiterhin von Verena Kuhn verwaltet und Jörg Rutzen wird das Internet betreuen. Hier finden sich auch jetzt schon Mitteilungen und Berichte zu aktuellen kommunalpolitischen als auch landes- und bundespolitischen Themen.



*Vorstand und Fraktion
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in Ronnenberg* ❄️

*wünschen allen Bürgerinnen
und Bürgern eine ruhige und
besinnliche Advents- und* ❄️

*Weihnachtszeit,
sowie ein gutes
neues Jahr 2007!* ❄️





Landesregierung schafft Landesjugendamt ab

Mit der Auflösung des Landesjugendamtes wird eine Fachbehörde zerschlagen, die für Standards in der Kinder- und Jugendhilfe steht und damit für mehr Chancengleichheit in Niedersachsen. Eine Behörde, die vorbildlich ihre Service- und auch Mittlerfunktion erfüllt und dadurch ein wichtiges Bindeglied zwischen den Kommunen, den öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und dem Land ist.

Mit der Zerschlagung des Landesjugendamtes wird auch der Landesjugendhilfeausschuss abgeschafft. Dies bedeutet die Abschaffung aller im Bundesrecht verankerten Beteiligungsrechte der freien Träger bei der Durchführung und Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Niedersachsen. Möglich wurde das alles durch die Änderung des Grundgesetzes im Zuge der Föderalismusreform. Hier ist den Ländern in Artikel 84 Abs. 1 GG die Möglichkeit eingeräumt worden, hinsichtlich der Einrichtung der Behörden und der Verwaltungsverfahren Regelungen zu treffen, die vom Kinder und Jugendhilfegesetz (KJHG) abweichen. Während der Anhörungen im Bundestag zur Föderalismusreform ist von den Experten und Expertin-

nen jedoch übereinstimmend davor gewarnt worden, von der bewährten Einheitlichkeit und Zweigliedrigkeit der Jugendämter abzuweichen.

Meta Janssen-Kucz, Landtagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagte hierzu in einer Plenarsitzung des Landtags: »... Noch einmal, damit es alle wissen: Das Landesjugendamt bürgt für die Sicherung von Qualitätsstandards und die konkrete, passgenaue Weiterleitung von EU-Fördergeldern für Maßnahmen der Jugendhilfe.

Das Landesjugendamt stellt landesweit die Qualität der Jugendhilfe sicher. Mit der von Ihnen geplanten Auflösung würden das versammelte Expertenwissen und die Servicefunktion verloren gehen.

Das Landesjugendamt ist im Interesse des Kindeswohls unverzichtbar. Wenn wir von Chancengleichheit reden, müssen wir auch Sorge dafür tragen, die Qualität der Angebote in der Jugendhilfe zu sichern und weiterzuentwickeln. Und das geht nur mit dem Landesjugendamt!

In ihrer Rede stellte sie auch einen kommunalen Zusammenhang her und meinte dazu: » ... Mit der Abschaffung des Landesjugendamtes und des Landesjugendhilfeausschusses öffnet das Land Nieders-

achsen dem Abbau von Chancengleichheit und Partizipation Tür und Tor. Ein Teil der Kommunen wartet nur darauf, die Standards, die für Chancengleichheit notwendig sind, zu schleifen und letztendlich Kinder- und Jugendhilfepolitik nach kommunaler Kassenlage zu machen und damit die qualitativen Standards in der Kinder- und Jugendhilfe abzusenken.«

Wiedereinmal wird in dieser Debatte deutlich, wie heuchlerisch viele Politiker ans Werk gehen. Sonntags wird von der Wichtigkeit gesprochen, mehr und bessere Kinderbetreuung zu schaffen oder für mehr Chancengleichheit zu kämpfen, und schon am nächsten Tag geht man hin und »reformiert« das Landesjugendamt weg. Fachleute schütteln nur noch den Kopf über diese Landesregierung. Es ist wie ein Déjà-vu-Erlebnis, denkt man zum Beispiel an die Abschaffung des Landesamtes für Ökologie.

Bleibt zu hoffen, dass uns hier in Ronnenberg eine Diskussion um die Auslegung des Kita-Gesetzes und die darin enthaltenen Standards erspart bleibt. Wir Grünen hier in Ronnenberg werden darum kämpfen.

*Andreas Beichler,
Grüne Ratsfraktion Ronnenberg.*

»We feed the World«: Film bald auch in Benthe

Am 15. 11. 2006 kam im Kino »Apollo« in Linden noch einmal der Film »We feed the World« initiiert von verschiedenen Umwelt- und WTO-kritischen Gruppen zur Aufführung. Anschließend wurde über den Film diskutiert.

Motivation war unter anderem, der im nächsten Sommer stattfindende G 8 Gipfel in Deutschland. Der Film zeigt sehr anschaulich den Zusammenhang zwischen Luxuskonsum, Hunger, hemmungslosem Kapitalismus und brutaler weltweiter Umweltzerstörung. In der anschließenden Diskussion im neuen »Apollo-Konzept« sollten nach kurzen Referaten von Ulrike Eckhard (DED) Achim Franko (Mensch & Region) und Friedrich Maage (Ökolandbau) Auswege aus diesem Dilemma aufgezeigt werden. Wieder einmal zeigte sich, dass es keine Patentlösungen dafür gibt, sondern dass jeder Einzelne mit seiner Entscheidung, wie er einkauft, ein großes Stück Verantwortung für das Wohlergehen und das Weiterleben zukünftiger Generationen dieser Welt zu übernehmen hat. Der Fingerzeig auf Andere, die es alles noch schlechter und schlimmer machen ist zwar einfach aber bringt gar nichts. Veränderung der Welt fängt nicht bei Anderen an, sondern bei jedem selbst. Gerne würde ich dem OV und Interessierten anbieten, diesen Film gemeinsam bei uns auf dem Betrieb anzusehen und anschließend einen Betriebsrundgang und/oder eine Feldrundfahrt zu machen. Dies wäre sicher auch eine gute Begleitmaßnahme zum G 8 Gipfel im Sommer 2007.

Friedrich Maage

› Kontakt zum Grünen Ortsverband:

Regina Lupp,
Telefon 0511 433164
E-Mail: regina.lupp@htp-tel.de

› **Verena Kuhn,**
Telefon 0511 46686
E-Mail: d.albrecht@htp-tel.de

Internet:
www.gruene-ronnenberg.de



In Zukunft noch weniger Salz ?

Oder wie sieht die Zukunft
der ehemaligen Kalihalde
in Empelde aus?

Am Freitag, den 27. Oktober 2006 informierten sich die Ronnenberger Grünen bei Frank Nickel, dem Betreiber der Bauschuttdeponie ausführlich über den Fortschritt der Rekultivierungsmaßnahmen, den Deponiebetrieb, die Rekultivierungstechnik, die Begrünungserfolge sowie die weiteren Planungen auf der ehemaligen Kalihalde Empelde.

Seit 1978 haben Unternehmer Herbert Nickel und seit 1984 sein Sohn Frank Nickel das Aussehen der ehemaligen Kalihalde Empelde weit sichtbar erheblich verändert. Die Betreiber der Bauschuttdeponie haben nicht nur Bodenaushub und Bauschutt deponiert, sondern in einem weltweit einmaligen Verfahren begonnen, den ehemaligen Kaliberg zu renaturieren und in die Landschaft zu integrieren. Dazu wird eine 2-4 Meter dicke Schicht grober Bauschutt auf den Kaliabraum aufgetragen. Dieser grobe Bauschutt soll das Aufsteigen gelöster Salze verhindern (Kapillarbrechende Schicht). Auf diese Schicht wird dann 4 Meter feinerer Bauschutt und schließlich 15 bis 35 Meter Erdaushub aufgetragen. Zum Schluss wird der Berg in Zusammenarbeit mit dem Institut für Forstwirtschaft der Uni Göttingen wieder fachmännisch bepflanzt. Dieses Verfahren wurde bereits auf der Südseite des Berges erfolgreich umgesetzt. Seit nunmehr 20 Jahren hat sich dort eine üppige Vegetation aus überwiegend heimischen Sträuchern und Bäumen entwickelt. Ergänzt wird dieses durch landschaftsgestalterische Maßnahmen, die den Eindruck einer gewachsenen Hügellandschaft vermitteln.

In diese neue Landschaft sind gestalterische idyllische Elemente wie z.B. ein Weinberg oder Wasserfall mit einem Teich eingegliedert; ein besonderes Anliegen von Frank Nickel, der keine Industriebrache an die kommende Generation hinterlassen möchte. Der Wein trägt inzwischen reichlich Beeren und der Teich wird von laichenden Kröten und anderen Amphibien gut angenommen.

Doch vor allem auf der Nordseite der ehemaligen Kalihalde sind die Renaturierungsarbeiten noch lange nicht beendet und die Fertigstellung des Projektes ist durch die neue EU-Abfallverordnung ernsthaft gefährdet. Die neue EU-Abfallverordnung, die 2009 in Kraft tritt, war daher auch Anlass des aktuellen Besuches der Grünen auf der Bauschuttdeponie. Nach den neuen Bestimmungen dürfte ab 2009 nur noch reiner, unbelasteter Erdaushub aufgebracht werden, denn die neue Verordnung erlaubt nicht mehr die Deponierung von Bauschutt auf der Halde in der jetzigen Form. Dies würde den Fortgang der Renaturierung in Frage stellen. »Nur mit Erdaushub kann die Renaturierung nicht abgeschlossen werden, da gerade der grobe Bauschutt die wichtige kapillarbrechende Schicht darstellt, um das Aufsteigen gelöster Salze in die Vegetationsschicht zu verhindern«, erläuterte Frank Nickel. Diese These wird durch den bisherigen Erfolg auf der Südseite des Berges bestätigt. »Neben den interessanten gestalterischen Aspekten hat sich auf der ehemaligen Kalihalde eine vielfältige Flora und Fauna entwickelt, so dass dieses Gebiet ein interessantes Entwicklungs- und Rückzugsgebiet für bedrohte Pflanzen und Tierarten darstellt«, erklärt die Ratsfrau Ruth Wenzel aus Ronnenberg.

Außerdem darf nicht vergessen werden, dass neben den ökologischen und optischen Aspekten der erfolgreichen Rekulti-

vierung dieser Kalihalde die Salzmenge, die mit dem Sickerwasser ausgespült wird, von ehemals 22.000 Tonnen jährlich (1980) auf heute 11.000 Tonnen jährlich reduziert werden konnte und bei einem erfolgreichen Abschluss der Rekultivierungsarbeiten von weiteren deutlichen Reduzierungen auszugehen ist.

Bei aller Bewunderung über die Rekultivierungserfolge ist den Grünen nicht entgangen, dass mit dem Rekultivierungsmaterial auch belastete Stoffe eingebracht werden können. Bei dem Ortstermin stellte der Betreiber der Bauschuttdeponie jedoch ausführlich sein Kontrollsystem vor und wick keine kritischen Fragen aus und konnte auf diese Weise die Besucher beruhigen und von seiner guten Absicht überzeugen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Die Grünen sich sehr angetan von der Entwicklung des Gebietes und den bisherigen Fortschritten zeigten. Vorstand und Ratsmitglieder werden Frank Nickel bei seinem Bestreben eine Sondergenehmigung für dieses Pilotprojekt zu erhalten, unterstützen. Hierbei sollten die jetzigen Abfallbestimmungen vertraglich festgeschrieben und auch die bisherigen Kontrollen fortgeführt werden. Ulrich Schmersow, Vertreter der Grünen im Regionsparlament, verspricht: »Dafür werde ich mich auch bei der Region stark machen.«

*Annette Friedrich,
Grüne Ronnenberg*



Erläuterte seine Rekultivierungspläne für die alte Kalihalde in Empelde sehr leidenschaftlich: Frank Nickel (4. von links).



Aus der Fraktion: Kurz und bündig

Die Fraktion befindet sich derzeit in der Phase der Orientierung.

Die Ausschüsse sind gebildet:

Dieter Albrecht wird in den **Verwaltungsausschuss** sowie in den

Ausschuss für Finanzen, Stadtentwicklung und Steuerung

gehen. Den **Ausschuss für Bau,**

Ökologie und Wirtschaft wird

Ruth Wenzel belegen. Den Aus-

schuss für **Bildung, Jugend und**

Soziales wird Andreas Beichler

bearbeiten. Lisa Maack wird

schwerpunktmäßig im »Ökoaus-

schuss« mitarbeiten und Vertre-

terungsarbeit in allen Ausschüssen

leisten.

Fachlich unterstützen werden

uns Hans-Jürgen Pein, Charly

Schatz-Wanek, Ronald Schimek,

Rolf Schlamelcher und Anne

Wetzel. Durch die Mitarbeit der

Vorstandsmitglieder soll zudem

eine engere Verzahnung von

Vorstands- und Fraktionsarbeit

erreicht werden.

Ausschüsse und Rat

Es werden Satzungen aktualisiert, die die Ratsarbeit strukturieren. Das muss zu Beginn einer Ratsperiode sein, ist jedoch nicht besonders aufregend.

Aufwandsentschädigungen der EWA (Energie- und Wasserversorgung Ronnenberg)

Von der Verwaltung wird eine Erhöhung der Aufwandsentschädigungen ins Spiel gebracht. Wir stehen der Erhöhung der Aufwandsentschädigungen skeptisch gegenüber auch wenn dadurch die Abführungen an die Partei höher ausfallen sollten.

Auswirkung der Änderung der Niedersächsische Versammlungsstättenverordnung

Es muss nach der Verordnung immer eine Aufsichtsperson bei Veranstaltungen in städtischen Einrichtungen anwesend sein. Als Konsequenz soll das Gemeinschaftshaus in Ronnenberg nicht mehr an Private vermietet werden. Wir halten es für besser, die Kosten für die Anwesenheit des Hausmeisters auf die Mieter umzulegen. Sind die Räume dann immer noch vermietbar, muss die Stadt nicht auf Einnahmen verzichten. Die Verwaltung soll diesen Vorschlag prüfen.

Baupläne

Nr. 107 Benthe Salinenstraße/Hengstgarten

Anwohner haben uns geschrieben, dass ihnen die geplante Höhe der Bauten nicht zusagt. Dazu wird es im Januar eine Veranstaltung mit den Anwohnern geben. Wir gehen hin.

Nr. 97 Mühlenrär-Süd, Ronnenberg

Abwägung der Bedenken und Satzungsbeschluss

Der Haushalt der Stadt Ronnenberg wird am 13. 12. 2006 in der Ratssitzung eingebracht.

Wer sich damit beschäftigen möchte, ist herzlich eingeladen.

Bundesdelegiertenversammlung in Köln vom 1.–3. 12. 2006

Es wurde sehr intensiv über wichtige Themen wie die grüne Position zum Klimawandel, eine Grundsicherung, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan, die Überprüfung und Bewertung der bisherigen Einsätze der Bundeswehr und den G8-Gipfel im nächsten Jahr diskutiert und beschlossen. Das ist alles im Internet nachzulesen. Darum fasse ich mich hier sehr kurz.

Über die Frage, ob es richtig ist, sich jetzt Gedanken darüber zu machen, wie man aus dem Einsatz in Afghanistan wieder heraus kommt, gab es eine scharfe Kontroverse. Das ist bei einem für uns derart sensiblen Thema auch gut!

Zum Thema Friedenspolitik wird es im nächsten Jahr einen Kongress geben.

Dann das Logo:

Man kann zum vorgeschlagenen neuen Logo seine Ansichten haben. Geschmack ist nun mal verschieden. Gescheitert ist der Bundesvorstand mit seinem Vorstoß, weil er die Partei falsch eingeschätzt hat. Einer Versammlung von selbstbewussten Individuen kann man nicht einfach solch eine Veränderung vorsetzen. In dieser Frage hat der Vorstand zu wenig Fingerspitzengefühl gezeigt. Nach der Methode „Friss oder stirb“ lässt sich bei den Grünen nicht alles durchsetzen.

Mitglieder braucht die Partei!

Ein Ziel der großen Koalition in Ronnenberg ist es, die kleinen Parteien finanziell auszubluten. Das sollte über die Änderung der Finanzausstattung der Fraktionsvorsitzenden und durch die Kürzung der Aufwandsentschädigungen der Bürgermeister erreicht werden.

Das soll denen aber nicht gelingen! Ich bin seit jeher der Meinung, dass es besser ist, wenn sich Parteien aus eigener Kraft finanzieren. Also aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Dabei sind uns auch fördernde Mitglieder sehr willkommen, die von vornherein sagen, dass sie nicht mehr machen wollen als stiller Teilhaber zu sein.

Mehr Aktive erhöhen natürlich die Qualität der Parteiarbeit. Gebt euch also einen Schubs und steigt ein!

Dieter Albrecht



Die ersten Wochen als Regionsabgeordneter

*Eine ganz persönlicher Bericht
von Ulrich Schmerson*

Richtig gefreut habe ich mich über das gute Ergebnis, mit dem Ihr mich in die Regionsversammlung gewählt habt. Ein schöner Vertrauensbonus, den ich durch fleißiges Arbeiten und Ringen für unsere grünen Positionen nicht enttäuschen möchte.

Am Tag nach der Wahl begann denn auch gleich die Arbeit: Montägige Fraktionssitzungen mit alter und neuer Fraktion; dadurch wurde ein reibungsloser Übergang ermöglicht. Mit Hinrich Burmeister, Raoul Schmidt-Lamontain, Heinz Strassmann, Meike Schümer und mir verstärken fünf Neue die vier »alten Hasen« Doris Klawunde, Brigitte Nieße, Serdar Saris und Dr. Annemarie Schacherer und sorgen für ein gutes erfrischendes Fraktionsklima. Doris ist wieder als stellvertretende Regionspräsidentin und Brigitte als Vorsitzende des Ausschusses für Umweltschutz und Naherholung (AUN) bestätigt worden.

Durch die Vergrößerung der grünen Fraktion von sechs auf neun Mitglieder ist es nun möglich, in den meisten Ausschüssen mit zwei Grünen zu arbeiten, was vieles leichter macht. Mit Meike (unserer verkehrspolitischen Sprecherin) sitze ich im Verkehrsausschuss und mit Brigitte als natur- und umweltpolitischer Sprecher im AUN. Zusätzlich werde ich im Aufsichtsrat der RegioBus mich für besseren Busverkehr in der Fläche einsetzen.

Nach den Antrittsbesuchen in der Verwaltung, bei Regio-Bus und Üstra, etlichen Sitzungen zu Spezialthemen bleibt allerdings wenig Zeit zum Einarbeiten. Es ging gleich richtig los! Gut, dass es die großar-

tige Unterstützung aus dem Fraktionsbüro gibt. Mit der Abwahl der Finanz- und Personaldezernenten gab es auch gleich eine schwierige Personalentscheidung vorzubereiten. Wir Grünen haben uns bei dem ganzen Prozedere zurückgehalten, um den Menschen Agnes Hüppe nicht noch weiter zu beschädigen.

In den nächsten Monaten sehe ich für die von mir abgedeckten Aufgabenbereiche vor allem folgende Themenschwerpunkte:

◆ Umgang mit den Regionalisierungsmitteln im Verkehrsbereich:

Die schwarzrote Bundesregierung hat die Finanzmittel für den Schienenpersonen-nahverkehr gravierend gekürzt. Diverse Streckenstilllegungen wird es schon ab Dezember in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen geben. Da die Wulf-Landesregierung, anders als andere Bundesländer, die Streichungen nicht aus den erhöhten Mehrwertsteuereinnahmen ganz oder teilweise ausgleicht, heißt das auch für Niedersachsen schmerzlichen Leistungsabbau im Land. Die Region Braunschweig und der Harz ist schon ab diesem Dezember dran. Was die Kürzungen für uns in der Region Hannover bedeuten, ist noch nicht klar, aber eines ist sicher, auch wir werden es zu spüren bekommen. Diskutiert werden zurzeit Fahrplankürzungen, Tarifierhöhungen und ein Investitionsstopp. Ich werde mich gemeinsam mit der grünen Landtagsfraktion dafür einsetzen, dass es nicht soweit kommt.

◆ Neue Landschaftsschutzgebiete: Die Naturschutzbehörde der Region Hannover ist zurzeit dabei, die in die Jah-

re gekommenen Landschaftsschutzgebiete durch moderne rechtssichere Verordnungen neu auszuweisen. Dabei bläst der Wind den Naturschützern oft heftig ins Gesicht. Hier will ein Bauer X eine Biogasanlage bauen, dort die Gemeinde Y ein neues Baugebiet ausweisen, hier soll ein Golfplatz hin, dort ein illegal errichtetes Haus im nachhinein legalisiert werden. Viele Privatinteressen agieren mit versierten Anwälten gegen die wichtigen Schutzgebiete.

Um Wennigsen herum hatte die Regionsverwaltung beim alten/neuen Landschaftsschutzgebiet »Norddeister« auch viele Flächen zur Löschung vorgesehen. Doch es lief anders als sonst. Die Wennigser Grünen starteten eine Kampagne dagegen – mit Erfolg; mobilisierten sie doch viele Bürgerinnen und Bürger und letztendlich auch SPD und CDU vor Ort für einen Erhalt des Schutzgebietes in dem fast ursprünglichen Umfang. Nun zeichnet sich auch in der Region eine Mehrheit für eine naturschutzfreundliche Lösung ab.

Doch weitere neue Konflikte für mehrere Landschaftsschutzgebiete zeichnen sich an anderer Stelle der Region schon ab.

Obwohl ich mich als Regionsabgeordneter für die ganze Region verantwortlich fühle, sind mir natürlich die Ronnenberger Themen weiter ganz besonders wichtig. Ich denke da zum Beispiel an die nötigen Halte der Hamelner S-Bahn in Empelde und Ronnenberg oder an die Fertigstellung der Ummantelung für die Kalirückstandshalde in Empelde.

Ich möchte auch alle Grünen und Sympathisanten einladen, in der Regionsverkehrs- und Umwelt AG (natürlich auch anderen AG's) mitzuarbeiten. Hier werden die Themen, die wir Regionsgrüne politisch voranbringen wollen vorbereitet. Themen der Region sind auch Themen der Kommunen vor Ort.

Die Ergebnisse der Fach-AG's haben für die Fraktion ein großes Gewicht und so lohnt sich ein Engagement. Wer Interesse an einer Mitarbeit hat, kann mich gerne ansprechen – Telefon: 05108 2410. Auch sonst bin ich für Anregungen dankbar.



Landschaft im
Landschaftschutz-
gebiet am
Benther Berg.



»Bio« ist nicht gleich »Öko«!

Seit September 2001 können Lebensmittel aus ökologischer Landwirtschaft mit dem staatlichen Bio-Siegel gekennzeichnet werden. Das Bio-Siegel ist das staatliche verbandsunabhängige und markenübergreifende Erkennungszeichen für biologisch erzeugte landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel. Mit diesem Siegel gekennzeichnete Produkte erfüllen nur die Mindeststandards (Minimalstandard) für die Erzeugung von Lebensmitteln aus kontrolliert-biologischem Anbau. Die Mindest-Standards sind seit 1991 in der EG-Öko-Verordnung festgelegt.

»Nur wo 'Bio' oder 'Öko' drauf steht, ist auch 'Bio' oder 'Öko' drin«, denn »Bio« und »Öko« sind geschützt.

Auf vielen Bio-Lebensmitteln findet sich außer dem Bio-Siegel auch ein Zeichen der acht ökologischen Anbauverbände: Bio-kreis, Bioland, Biopark, Demeter, Ecovin, Gäa, Naturland oder Ökosiegel. Das bedeutet, dass bei der Erzeugung des Produktes neben der EG-Öko-Verordnung die weitaus strengeren Richtlinien des jeweiligen Verbandes eingehalten wurden.

Biosiegel nicht aussagekräftig

Schaut man sich diese Standards genauer an, so sind diese Mindeststandards im Vergleich zu den Richtlinien der Anbauverbände unbefriedigend. So ist es z. B. möglich, innerhalb eines Betriebes, sowohl biologisch als auch konventionell zu wirtschaften.

Die Bio-Idee wird durch die EG Öko-Verordnung leider verwässert. Für Verbraucher, die Wert legen auf ein authentisches Bio-Produkt, ist das Bio-Siegel somit nicht die ausschließliche Entscheidungshilfe! Vielmehr ist der Verbraucher angehalten, im Prinzip wie schon vor der Einführung des Siegels, auch darauf zu achten, ob der Artikel nur nach den Mindeststandards oder auch nach den Richtlinien eines Anbauverbandes erzeugt wurde.

Wir möchten nicht unterstützen, dass es möglicher Weise eines Tages statistisch zwar viel Bio-Anbau gibt, dieser aber nur nach den Mindeststandards durchgeführt wird.

Öko Fallen:

Verbraucher, die Öko-Produkte kaufen, legen großen Wert auf Qualität und Umwelt-

Es gibt erhebliche Unterschiede bei der Produktion von biologischen Lebensmitteln. Aber was ist überhaupt »ÖKO« oder »Bio«?

Eine Zusammenfassung von Jörg

Rutzen, Grüne Ronnenberg.

schutz und geben deshalb für hochwertige Ware auch gerne etwas mehr aus. Diese Tatsache machen sich unseriöse Hersteller zunutze und kennzeichnen ihre Produkte mit Begriffen, die dem Verbraucher eine ökologische Herkunft vortäuschen sollen. Deshalb gilt es: Augen auf beim Öko-Kauf! Nur die bereits genannten Begriffe wie »Öko«, »Bio«, »biologisch«, »ökologisch« oder »organisch« oder die anerkannten Siegel und Zeichen lassen wirklich auf ökologischen Ursprung schließen.

Ausnahmen bilden Marken, die vor Inkrafttreten der EU-Öko-Verordnung 1991 eingetragen wurden und die mit einem klaren, deutlich sichtbaren und leicht lesbaren Hinweis darauf versehen sein müssen, dass die Erzeugnisse nicht gemäß dieser Verordnung hergestellt wurden. Dieser Hinweis fehlt allerdings manchmal. Deshalb entschied das Landgericht Leipzig im vergangenen Jahr: Enthält ein Produktname eines Nahrungsmittels den Bestandteil »Bio«, z. B. »Biogarde®«, oder »Biophar®« und liegt tatsächlich keine anerkannt ökologische Herstellungsweise vor, ist hierfür ein eindeutiger Packungshinweis erforderlich. Andernfalls ist die Verwendung des Bestandteils »Bio« irreführend und damit wettbewerbswidrig. Diese Ausnahmen dürfen noch bis zum 1. Juli 2006 in den Verkehr gebracht werden. Es gilt allerdings abzuwarten, ob die betroffenen Firmen nicht eine Verlängerung durchsetzen können. Für die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei endete die Frist am 1. Mai 2004. Auch Angaben wie »naturnah« oder »alternativ« oder »aus kontrolliertem Anbau« geben keine absolute Sicherheit auf Öko-Qualität. Denn nach welchen Kriterien hier kontrolliert

wird, ist damit nicht eindeutig definiert. Das können diese Erzeuger praktisch selbst festlegen. Auch die Bezeichnung »integrierter Pflanzenanbau« lässt keineswegs auf ökologischen Landbau schließen. Sie besagt nur, dass sich Düngung und Pflanzenschutz am Bedarf der Pflanzen orientiert. Nach dem Motto »so viel wie nötig, so wenig wie möglich«. Achten Sie deshalb beim Kauf immer auf die Angabe der Öko-Kontrollstelle, dann können Sie in der Regel sicher sein, ein echtes Öko-Produkt zu erwerben.

Zeichen und Siegel:

Bei der Vielzahl von Ökoprodukten und der unübersehbaren Flut der Zeichen und Siegel kann man als Verbraucher leicht den Überblick verlieren. Es gibt allerdings wesentliche Merkmale anhand derer man sich gut und schnell zurechtfinden kann. Die EU-Öko-Verordnung und die strengen Kontrollen verhindern Täuschung und unlauteren Wettbewerb. So kann sich der Verbraucher darauf verlassen, dass wo »Bio« oder »Öko« draufsteht auch tatsächlich Bio drin ist. Konkret heißt das: Wenn in der Verkehrsbezeichnung Bio erscheint, muss das Produkt den Bestimmungen der EU-Öko-Verordnung genügen beispielsweise Bio-Apfelsaft oder Öko-Margarine. Ein weiteres wichtiges Erkennungsmerkmal ist auch die Kennzeichnung des Produktes mit der Codenummer oder dem Namen der zuständigen Kontrollstelle, wie beispielsweise »DE-099-Öko-Kontrollstelle«. Diese war ursprünglich für die Lebensmittelüberwachung und weniger zur Orientierung des Verbrauchers gedacht. Deshalb kann sie sehr klein und versteckt auf der Packung platziert sein. Zusätzlich dürfen Waren auch mit dem Hinweis »Ökologische Agrarwirtschaft – EG – Kontrollsystem« ausgezeichnet werden. Darüber hinaus gibt es in Deutschland weit über 100 Öko-Marken und Warenzeichen, die ein Ökoprodukt eindeutig kennzeichnen. Dazu gehören die Zeichen der anerkannten Anbauverbände: BIOKREIS, BIOLAND, BIOPARK, ECOLAND, ECOVIN, DEMETER, GÄA, NATURLAND. Viele Supermärkte und Reformhäuser bieten Öko-Lebensmittel unter eigenen Handelsmarken an, wie Neuform-Bio, Füllhorn, Naturkind, Grünes Land, Alnatura, Bio-Wertkost oder Terra Pura. Seit September 2001 existiert ein bundesweites gemeinsames Bio-Siegel.



Was sind die unterschiedlichen Standards:

Hier ein Vergleich anhand des bekannten und bei uns in der Region produzierenden Biolandverbandes unter dessen Richtlinien viele Biohöfe in der Region Hannover ihre Produkte produzieren, mit den Kriterien der EG-Öko-Verordnung. Dabei werden nur die Unterschiede dargestellt:

	 Bioland	 EG-Öko-Verordnung
Allgemeines		
Bewirtschaftungsform	Gesamtbetriebsumstellung, ausschließlich ökologische Bewirtschaftung aller Betriebszweige vorgeschrieben	Teilumstellung möglich, ökologische und konventionelle Bewirtschaftung in einem Betrieb möglich
Dünger		
Stickstoff-Düngung	Die Düngung orientiert sich an dem zulässigen Tierbesatz pro Fläche. Jährlich zugelassen sind maximal 1,4 Dungeinheiten pro ha und Jahr, das sind 112 kg N (Stickstoff).	Der Einsatz von Dünger aus Tierhaltung ist auf jährlich 170 kg N (Stickstoff) pro ha begrenzt. Die gesamte Stickstoffdüngermenge ist nicht begrenzt. Der Bedarf muss aber von der Kontrollstelle anerkannt sein.
Zukauf von Stickstoffdünger	Ist auf den Zukauf von 40 kg pro ha und Jahr limitiert.	Der Zukauf ist nicht limitiert Der Bedarf muss aber von der Kontrollstelle anerkannt werden
Organischer Handelsdünger	Nur wenige organische Handelsdünger sind zulässig. Verboten sind z.B. Blut-, Fleisch-, Knochenmehle und Guanodünger	Blut-, Fleisch- und Knochenmehle sowie Guano sind zugelassen
Tierhaltung		
Maximale Tieranzahl pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche	140 Hennen, 280 Hähnchen oder 10 Mastschweine pro ha und Jahr	230 Hennen, 580 Hähnchen, 14 Mastschweine pro ha und Jahr
Futter		
Futter vom eigenen Hof, Futterzukauf	Über 50 % des Futters muss vom eigenen Betrieb oder einer regionalen Kooperation stammen	Lediglich für Wiederverkäufer und Pferde muss mindestens 50% des Futters vom eigenen Betrieb stammen. Futterherkunft für Schweine und Geflügel ist nicht geregelt.
Zugelassene konventionelle Futtermittelkomponenten	Grundsätzlich 100% Biofutter Fischmehl ist als Futterbestandteil nicht zugelassen	Großzügigere Liste mit ca. 80 Produkten z. B. sind konventionelles Soja, Trester aus Zitrusfrüchten zugelassen. Fischmehl ist als Bestandteil z. B. für Geflügel zulässig.
Silage-Futter bei Wiederkäuern	Ganzjährig verboten. Im Sommer überwiegend Grünfütterung	Nicht geregelt
Pflanzenbau		
Risikofaktoren	Bei der Standortwahl ist die Belastung durch Schadstoffe aus der Umwelt und der vorherigen Nutzung zu berücksichtigen	Nicht geregelt
Verarbeitung		
Kennzeichnung	„Bio“ darf verwendet werden wenn 100% der Zutaten aus ökologischer Herkunft ist. Auf Genehmigung wenn nicht verfügbar dürfen maximal 5% nicht ökologisch Zutaten in Produkten enthalten sein.	„Bio“ darf verwendet werden wenn 95% der Zutaten ökologischer Herkunft sind und die betreffenden konventionellen Zutaten nicht in Bioqualität verfügbar sind.
Zusatzstoffe	25 Stoffe zugelassen	47 Stoffe zugelassen (ab Dezember 2007)
Nitritpökelsalz	Nicht zugelassen bei Bioland, Demeter, GAA	Nitritpökelsalz ab Dezember 2007 bei Fleischerzeugnissen zulässig
Enzyme/Starterkulturen	Enzyme und Starterkulturen sind nur produktspezifisch zugelassen	Enzyme und Starterkulturen sind allgemein zugelassen
Verarbeitung tierischer Produkte	Die Verarbeitung von tierischen Produkten ist umfassend hinsichtlich erlaubter Zutaten, Zusatz- und Hilfsstoffe, Verfahren und Packstoffe geregelt.	Die Verarbeitung von tierischen Produkten ist nur hinsichtlich erlaubter Zusatz- und Hilfsstoffe geregelt.
Verfahren	Umstrittene Verfahren sind verboten (Negativliste)	Nicht geregelt
Verpackung	Vorgaben für die Verwendung von Verpackungen (Positivliste)	Nicht geregelt

QUELLE: BIOLAND (WWW.BIOLAND.DE)



Das Letzte

Verwaltungsinterne Kommunikation oder

»STILLE POST IM RATHAUS«

Instruktion des Oberbürgermeisters an den Bürgermeister:

»Morgen um neun Uhr, findet eine Sonnenfinsternis statt. Eine Sache, die man nicht jeden Tag sieht. Alle Mitarbeiter versammeln sich Punkt neun vor dem Rathaus. Falls es regnen sollte, wird von dort aus nichts zu sehen sein. In diesem Fall gehen wir in die Kantine.«

Instruktion des Bürgermeisters an den Dezementen:

»Auf Anordnung des Oberbürgermeisters wird morgen eine Sonnenfinsternis stattfinden. Falls es regnen sollte, wird vom Rathausvorplatz nichts zu sehen sein. In diesem Fall wird die Sonnenfinsternis in der Kantine durchgeführt. Also etwas, was man nicht jeden Tag erleben kann.«

Instruktion der Dezernenten an den Abteilungsleiter:

»Auf Anordnung des Oberbürgermeisters kommt es morgen neun Uhr zum Verschwinden der Sonne. In der Kantine gibt der Oberbürgermeister die Anweisung, ob es regnet oder nicht, etwas was man nicht jeden Tag erleben kann.«

Instruktion des Abteilungsleiters an die Sachbearbeiter:

»Falls es morgen in der Kantine regnen sollte, was man nicht jeden Tag erleben kann, verschwindet der Oberbürgermeister.«

Instruktion des Sachbearbeiters an seine Mitarbeiter:

»Morgen um neun Uhr verschwindet unser Oberbürgermeister. Schade, daß man das nicht jeden Tag erleben kann.«

(aus: Schriftenreihe des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen / Bd. 7)